KONRAD ADENAUER STIFTUNG
Frankreich

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

07. – 13. November 2026

Am 13. November 2026 erinnert Frankreich an den elften Jahrestag der Terroranschläge von Paris und Saint-Denis. Am 13. November 2015 hatten drei Terrorzellen des IS mehrere koordinierte Anschläge auf das Stade de France, Pariser Cafés und Restaurants sowie den Konzertsaal Bataclan verübt. Insgesamt kamen 132 Menschen ums Leben, mehr als 400 wurden verletzt. Aus diesem Anlass finden in Paris und Saint-Denis mehrere offizielle Gedenkveranstaltungen statt. Vertreter der Politik, Angehörige der Opfer und Opferverbände nehmen daran teil. Am Abend organisiert der Verein „Life for Paris" eine öffentliche Gedenkveranstaltung im im Jahr 2025 eröffneten Erinnerungsort „Jardin mémoriel du 13-Novembre". Vor dem Rugby-Länderspiel zwischen Frankreich und Südafrika im Stade de France ist ebenfalls eine Schweigeminute geplant. Die Folgen der Anschläge sind weiterhin spürbar. Der Opferentschädigungsfonds betreut inzwischen mehr als 3.100 Betroffene, die teilweise bis heute unter körperlichen und psychischen Folgen leiden.

Der Präsidentschaftskandidat der Partei Les Républicains, Bruno Retailleau, hat in einem offenen Brief an mehrere Kandidaten der politischen Mitte eine Vorwahl des rechten und bürgerlichen Lagers für die Präsidentschaftswahl 2027 vorgeschlagen. In seinem Schreiben wandte er sich an Édouard Philippe, Gabriel Attal und David Lisnard. Als mögliche Termine für die Vorwahl nannte er den 31. Januar oder den 7. Februar 2027, ein erstes Treffen der Wahlkampfleiter ist für den 17. November geplant. Retailleau argumentiert, dass derzeit kein einzelner Kandidat stark genug sei, um einen Wahlerfolg des Rassemblement National oder von La France insoumise beziehungsweise den Einzug in die Stichwahl der Präsidentschaftswahl zu verhindern. Deshalb sei eine gemeinsame Kandidatur notwendig. Attal und Lisnard unterstützen die Idee einer Vorwahl grundsätzlich. Philippe lehnt sie hingegen weiterhin entschieden ab. Nun versucht Retailleau, Philippe politisch unter Druck zu setzen: Wer nicht an der Vorwahl teilnimmt, könnte als Verantwortlicher für die Spaltung der politischen Rechten gelten.

Am 9. November 2026 trafen sich Catherine Vautrin, Verteidigungsministerin Frankreichs, und Boris Pistorius, Verteidigungsminister Deutschlands, im Rahmen der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung (DFPV) in Berlin. Nach den Rückschlägen bei einzelnen Komponenten der gemeinsamen Rüstungsprojekte FCAS und MGCS, insbesondere bei der Entwicklung des neuen Kampfflugzeugs (NGF) und des gemeinsamen Kampfpanzers, betonten beide die Bedeutung einer stärkeren europäischen Verteidigungsindustrie und einer größeren Unabhängigkeit Europas im Sicherheitsbereich. In der konkreten Umsetzung bestehen jedoch unterschiedliche Vorstellungen. Frankreich setzt sich für eine stärkere europäische Eigenständigkeit und die bevorzugte Förderung europäischer Rüstungsunternehmen ein. Deutschland legt angesichts des Modernisierungsbedarfs der Bundeswehr hingegen weiterhin Wert auf die zeitnahe Beschaffung verfügbarer Waffensysteme, auch aus den USA. Die Bestellung von 35 amerikanischen F-35-Kampfflugzeugen im Jahr 2022 verdeutlicht diese unterschiedlichen Ansätze. Hinzu kommen unterschiedliche finanzielle Rahmenbedingungen. Während Deutschland seine Verteidigungsausgaben deutlich erhöht und für 2027 ein Budget von rund 140 Milliarden Euro plant, sind die finanziellen Spielräume Frankreichs begrenzter. Dennoch soll die Zusammenarbeit unter anderem bei der satellitengestützten Aufklärung, Frühwarnsystemen und weitreichenden Präzisionswaffen fortgesetzt werden. Darüber hinaus vereinbarten beide Länder im Juli 2026 eine gemeinsame Übung im Rahmen des von Frankreich vorgeschlagenen erweiterten nuklearen Abschreckungskonzepts.

In weiteren Beratungen der DFPV standen europäische Themen sowie konkrete Bereiche der deutsch-französischen Zusammenarbeit auf der Tagesordnung. Dazu gehörten die Zukunft der Stahlindustrie, die Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit und Souveränität, die weitere Unterstützung der Ukraine, eine Verschärfung der Sanktionen gegen Russland und die Entwicklung einer souveränen und nachhaltigen europäischen Künstlichen Intelligenz. Darüber hinaus wurden gemeinsame Innovationen im Bereich der Kindermedizin und die Zukunft der Deutsch-Französischen Hochschule erörtert. Weitere Schwerpunkte waren die Zusammenarbeit bei der Bewirtschaftung der Rheinwasserressourcen angesichts des Klimawandels, die Förderung des kulturellen Austauschs im Rahmen einer gemeinsamen Feier der „Fête de la Musique" und die grenzüberschreitende Katastrophenhilfe, insbesondere bei Wald- und Vegetationsbränden. Darüber hinaus befasste sich

die Versammlung mit der Rolle des Deutsch-Französischen Forschungsinstituts Saint-Louis für die Entwicklung innovativer Verteidigungsfähigkeiten sowie der besseren Sichtbarkeit des Museums für Kriegsgefangenschaft (MUCAP) in Fourcaville in der Normandie. Ebenfalls Thema war der geplante Hochgeschwindigkeitskorridor zwischen dem Südwesten Deutschlands und Paris. Als möglicher Zeithorizont wurde das Jahr 2040 genannt.

Am 10. November 2026 kamen die französischen und deutschen Arbeitsminister, Jean-Pierre Farandou und Alexander Schweitzer, in Paris mit Vertretern der Sozialpartner beider Länder zu einem deutsch-französischen Sozialgipfel zusammen. Beide Minister betonten, dass die Stärkung der Wirtschaft, die Sicherung und Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze sowie die Reform der sozialen Sicherungssysteme nur im engen Zusammenwirken von Regierungen und Sozialpartnern gelingen können. Deutschland und Frankreich wollen sich insbesondere in die geplante EU-Initiative für hochwertige Arbeitsplätze einbringen und die Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte vorantreiben. Der Gipfel knüpft an das Treffen vom 1. Juli 2025 in Berlin an. In diesem Zusammenhang wurde auch die deutsch-französische Expertengruppe zur Zukunft der Arbeit wieder aktiviert. Sie beschäftigt sich unter anderem mit der Arbeitskräftemobilität, der Erwerbsbeteiligung, den Auswirkungen künstlicher Intelligenz auf die Arbeitswelt und der Industriepolitik. Im Anschluss an den Sozialgipfel kam die Expertengruppe zusammen, um ihr Arbeitsprogramm für 2027 festzulegen.

Frankreich macht den Iran für einen groß angelegten Cyberangriff auf die Kühlsysteme französischer Supermärkte verantwortlich. In der Nacht vom 11. auf den 12. Oktober wurden rund 700 Kühlsysteme attackiert. Laut den französischen Behörden wurde die Attacke vom Cyberkommando der iranischen Revolutionsgarden in Auftrag gegeben und von der Spezialeinheit Shahid Kaveh ausgeführt. Frankreich hat drei mutmaßlich verantwortliche Personen identifiziert: Hamid Reza Lashgarian, Reza Salarvand und Mahdi Lashgarian und gegen diese internationale Haftbefehle beantragt. Zudem wurde der iranische Botschafter ins französische Außenministerium einbestellt. Die Ermittler stützen ihre Vorwürfe u.a. auf technische Besonderheiten des Angriffs, persische Schriftspuren im Programmcode und IP-Adressen aus dem Iran. Die Einheit Shahid Kaveh ist auch unter dem Namen CyberAveng3rs bekannt und hat bereits Cyberangriffe auf kritische Infrastrukturen in den USA und Israel durchgeführt. Der Angriff auf französische Supermärkte gilt als ihre bislang erfolgreichste Operation.

PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN

Der dreifache Judo-Olympiasieger **Teddy Riner** hat am 9. November 2026 seine Kandidatur für die französische Präsidentschaftswahl im Jahr 2027 angekündigt. In einer Videobotschaft erklärte der 37-jährige Sportler, er wolle Frankreich wieder stärken und stehe weder links noch rechts. Obwohl er bisher keine politische Erfahrung besitzt, beschäftigt er sich bereits seit mehreren Jahren mit politischen Themen. Präsident Emmanuel Macron begrüßte seine Entscheidung, sich an der politischen Debatte zu beteiligen. Nun muss Riner ein politisches Programm entwickeln, ein Wahlkampfteam aufbauen und 500 Unterstützerunterschriften von Mandatsträgern sammeln, um kandidieren zu können. Auch **Éric Zemmour**, der Vorsitzende der rechtspopulistischen Partei „Reconquête!", hat seine Kandidatur für die Präsidentschaftswahl 2027 angekündigt. Der ehemalige Journalist und Publizist war bereits 2022 angetreten und hatte im ersten Wahlgang rund sieben Prozent der Stimmen erhalten. Mit seiner erneuten Kandidatur will er seine nationalkonservative und migrationskritische politische Positionierung in den Wahlkampf einbringen.

DIE ZAHL DER WOCHE

3,4 %

Die Inflation in Frankreich ist im Oktober 2026 im Vergleich zum Vorjahresmonat um **3,4 %** gestiegen. Dies geht aus den endgültigen Zahlen des französischen Statistikamtes Insee hervor. Damit erreicht sie den höchsten Stand seit Januar 2024. Hauptursache ist der starke Anstieg der Energiepreise: Sie verteuerten sich innerhalb eines Jahres um 24,1 %. Besonders Gas und Erdölprodukte trugen dazu bei. Es ist bereits der vierte Monat in Folge mit steigenden Energiepreisen. Auch die Preise für Dienstleistungen stiegen stärker: Ihr Preisanstieg erhöhte sich von 2,4 auf 2,6 %. Bei Lebensmitteln verlangsamte sich die Inflation dagegen leicht auf 1,2 %. Vor allem die Preise für frisches Gemüse stiegen weniger stark als im Vormonat. Im Monatsvergleich erhöhten sich die Verbraucherpreise um 0,4 %. Der harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) stieg auf 3,7 %.